

Fraktion SPD & PIRATEN;
 Fraktion Die Linke;
 Fraktion Mehrwertstadt;
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Titel der Drucksache:

Antrag der Fraktionen SPD & PIRATEN, Die Linke, Mehrwertstadt und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 1176/25 - Einführung einer Kommunalen Verpackungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt

Drucksache	1660/25
Ä./E.-Antrag zur DS-Nr.:	1176/25
Stadtrat	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben	18.06.2025	öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	25.06.2025	öffentlich	Entscheidung

Änderungs/Ergänzungsantrag

Der Titel der Drucksache wird wie folgt ersetzt:

Prüfauftrag zu Maßnahmen um das Müllaufkommen zu reduzieren

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

01

Die Stadtverwaltung prüft bis zum Anfang des 4. Quartals 2025 verschiedene Maßnahmen und Möglichkeiten mit dem Ziel, das Müllaufkommen in unserer Stadt deutlich zu reduzieren. Dabei ist auf Grundlage von einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zu benennenden inhaltlichen Eckdaten auch die Einführung einer sogenannten „Verpackungssteuer“ als kommunale Aufwands- oder Verbrauchssteuer wie beispielsweise in Tübingen, Konstanz oder Freiburg im Breisgau zu konzeptionieren.

02

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die von einer interfraktionellen Arbeitsgruppe auf Vorschlag der Fraktionen zu benennenden Beiräte, Fachverbände, Sachverständige und Vereine bis zum 31.10.2025 um eine Stellungnahme zum Vorhaben „Verpackungssteuer“ zu bitten und diese in eine Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bis zum 31.12.2025 zu einer Anhörung einzuladen.

03

Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit es rechtlich zulässig ist, kleinen gastronomischen Betrieben etwa anhand der Mitarbeiterzahl, einer bestimmten jährlichen Umsatzschwelle oder eines anderen geeigneten Kriteriums eine Steuerbefreiung von der Verpackungssteuer oder zumindest für die Einführungsphase einer solchen Steuer zukommen zu lassen.

04

Die Stadtverwaltung prüft ferner die Auflage eines Förderprogramms für Mehrwegverpackungen und gewerbliche Spülsysteme nach Vorbild der Stadt Tübingen zur Unterstützung der Gewerbebetriebe.

05

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in der zweiten Jahreshälfte 2025 eine Kampagne für den Mehrwert mit den entsprechenden Informationen und Beratungsangeboten für die betroffenen Händler und Unternehmer der Stadt zu initiieren. Dabei ist die Wirkung des seit dem 01.01.2023 geltenden Verpackungsgesetzes, das die Anbieter von Speisen und Getränken zum sofortigen Verzehr verpflichtet, Pfand- und Mehrwegsysteme anzubieten, einzubeziehen.

06

Der Oberbürgermeister informiert den Stadtrat umgehend, welche finanziellen Auswirkungen bisher das Einsammeln und die Beseitigung/Entsorgung von Einwegverpackungen und Einweggeschirr jährlich seit 2019 auf den städtischen Haushalt und die Wirtschaftspläne/Jahresrechnungen städtischer Eigenbetriebe und Unternehmen hatten.

07

Nach der möglichen Einführung einer Verpackungssteuer evaluiert die Stadtverwaltung Reinigungsintervalle und das Aufstellen weiterer Müllbehälter in der Innenstadt und nimmt gegebenenfalls entsprechende Anpassungen vor.

08

Die Stadtverwaltung prüft Möglichkeiten der Optimierung der Reinigungsinfrastruktur in Bereichen mit hohem Müllaufkommen z. B. im Nordpark ab 2026, insbesondere die Aufstellung von Müllcontainern in den Sommermonaten.

Anlagenverzeichnis

18.06.2025, gez. i.A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion SPD & PIRATEN

18.06.2025, gez. i.A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion Die Linke

18.06.2025, gez. i.A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion Mehrwertstadt

18.06.2025, gez. i.A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN